

Freiburger Zeitung

Die Freiburger Zeitung erscheint 17mal in der Woche. Bezugspreis: in der Stadt vierteljährlich 3.75 Mark, zweimonatliche Zustellung 75 Pf.; bei dem Abbesteller 3.00 Mark; auswärts vierteljährlich 3.60 Mark, zweimonatliche Zustellung durch den Briefträger 72 Pf., einmalige Zustellung 42 Pf. Schriftleitung: Grünwaldstr. 4. Redaktionsstelle: Kaiserstr. 119. Fernr. 187.

Anabhängige Tageszeitung
mit Amtl. Verkündungsblatt für Freiburg und Breisach.

Lesern aus Freiburg und Umgebung kosten die einseitige Kolonietafel 20 Pf., einseitige, sowie auch u. Finanz-Anzeigen 30 Pf., gemeinbezahl. u. sportwirtsch. Anzeigen 25 Pf. Die doppelbreite Kolonietafel kostet 30 Pf., für andere Zeitl. 1.20. Auf diese Preise 20% Umerungszuschlag. Erfüllungsort und Vertriebsstand für beide Teile Freiburg im Breisgau.

Der Waffenstillstand unterzeichnet! Er trat vormittags 11 Uhr in Kraft.

Amsterdam, 11. Nov. (W. L. B.) Das niederländische Pressebüro Radio hat einen drahtlosen Bericht aus Paris aufgefunden, daß der Waffenstillstand um 5 Uhr morgens französischer Zeit unterzeichnet wurde und um 11 Uhr französischer Zeit in Kraft tritt. Eschickte folgendes Radiogram an die Oberkommandierenden: Die Feindseligkeiten werden an der ganzen Front vom 11. November um 11 Uhr französischer Zeit ab eingestellt werden. Die alliierten Truppen dürfen, bis ein neuer Befehl eintrifft, die an diesem Tage und zu dieser Stunde erreichten Linien nicht überschreiten.

Aufruf der neuen Regierung.

Berlin, 9. Nov. (W. L. B.) Die Regierung veröffentlicht folgenden Aufruf:
Volksgenossen!
Der heutige Tag hat die Befreiung des Volkes vollendet. Der Kaiser hat abgedankt,

Dazu muß die demokratische Verwaltung sofort an die Arbeit gehen. Nur durch ihr tadelloses Wirken kann das schwerste Unheil vermieden werden. Sei sich darum jeder seiner Verantwortung im Ganzen bewußt. Wir leben und sterben heilig. Das Gesetz ist vor willkürlichen Eingriffen zu schützen. Wer diese herrliche Bewegung durch Verbrechen entehrt, ist ein Feind des Volkes und muß als solcher behandelt werden. Aber in ehrlicher Hingabe an das Werk der demokratischen Zukunft muß die Zukunft abhängt, darf von niemand im größten Augenblick der Freiheit und der Schaffender zu dem Volkes Herr mit Gewalt geübt werden.

Wir stehen vor ungeheuren Aufgaben. Werkstätige Männer und Frauen in Stadt und Land, Männer im Waffenrock, Arbeiter und Arbeiterinnen helfen alle mit!

Die Sozialdemokratische Partei hat sich mit der sozialdemokratischen Partei angeboten, mit ihr eine gemeinsame Regierung unter beiderseitiger Gleichberechtigung zu bilden. Sie hat sich dem Bestreben leiten lassen, in diesem Augenblick über jeden Gegensatz hinwegzugehen. Die große deutsche Freiheitsbewegung darf nicht unter Verhöhnung aller Gewalttätigkeiten und

nie mit unseren demokratischen Grundföhen in Widerspruch stehen.
8. Ausschluß aller bürgerlichen Mitglieder aus der Regierung. Antwort: Diese Forderung müssen wir ablehnen, weil ihre Erfüllung die Volksernährung erheblich gefährden würde.

unabhängige Lebensmittelregulierung zu bewerkstelligen. Antwort: Wir halten ein Zusammenwirken der sozialdemokratischen Richtungen mindestens bis zum Zusammentritt der konstituierenden Versammlung für erforderlich.

Es gilt nur als technische und entscheidende Forderung.

8. Gleichberechtigung der beiden Leiter des Kabinetts. Antwort: Wir sind für die Gleichberechtigung aller Kabinettsmitglieder, in dessen hat die Versammlung darüber zu entscheiden.

Es ist von der Einsicht der unabhängigen sozialdemokratischen Partei zu erhoffen, daß sie mit der sozialdemokratischen Partei zu einer Einigung gelangen wird.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Unterschrift)

in Baden. Gegenblatt veröffentlicht die Aufzählung der neuen sozialdemokratischen Regierung in Baden. Das Ministerium der Justiz, das Rechtsanwaltschaft

in Anbetracht der durch die Zeitumstände geschaffenen besonderen Lage einen Widerspruch gegen die beabsichtigten Maßnahmen nicht erlauben. Die Folgeweise nimmt der Großherzog lediglich Kenntnis von der Errichtung einer provisorischen Volksregierung und der Absicht, eine verfassunggebende Ver-

gibt sich der Hoffnung hin, die neue Regierung ihr Ziel, die Heimat Ruhe und Ordnung zu erhalten, erreichen möge.

Die Reichsregierung ruht die Verantwortung auf sich, die Ruhe zu erhalten und in den ersten Wochen der neuen Regierung zu verbleiben.

Der Reichstag hat am 10. Nov. aus dem gestrigen Beschlusse des Soldatenrats und des Reichsausschusses in noch zu berichten, daß die Unabh. Sozialdemokraten und die Vertreter des Soldatenrats den Standpunkt vertreten, sie könnten sich nur an einem Wahlen beteiligen, daß nicht vom Wahlen ernannt wird. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien betonen demgegenüber, es sei wünschenswert, daß das Ministerium vom Großherzog ernannt werde.

wegen der verfassungsrechtlichen Verhältnisse da wir immer noch eine bürgerliche Verfassung haben. Um diesen Zwiespalt auszugleichen, wurde die in dem bereits mitgeteilten Aufruf niedergelegte Erklärung erlassen. Von dem Reichstagsabg. Dr. Haas wurde noch betont, daß der Großherzog in der ganzen Angelegenheit die größtmögliche Rücksicht zu walten hat, die dankbar zu sein verdient.

und die sicher auch im ganzen Lande Beifall finden wird.

dankbar

ergab

Hindenburg

Lebensmitteln

negativ

Ludendorff

Sieger

Soldaten

ungebrochen

unparteilich

USA

Völkerbundes

Wilson

zurückziehen

Zuversicht